

Sitzungsniederschrift

14. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 09.01.2018	Sitzungsbeginn: 15:02 Uhr	Sitzungsende: 16:50 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Constant, Franz	LtB	Vertretung für Herrn Helmut Roß
Feldmann, Julia	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Strömer, Wilhelm	FW	
Grundmandat		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Gäste		
Ihnen, Hermann	SPD	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung

Weber, Harm-Uwe

Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Looden, Holger

AfD

Roß, Helmut

Roß

Siebels, Wiard

SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|-----|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.12.2017 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Vierte Beratung des Haushaltsplanes 2018 |
| 7. | Antrag des Kreistagsabgeordneten Hans-Gerd Meyerholz auf Senkung der Kreisumlage
Vorlage: IX-AF/2017/043 |
| 8. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 9. | Einwohnerfragestunde |
| 10. | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil:**TOP 1** **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.02 Uhr die 14. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Constant nahm für den Abgeordneten Roß, Abgeordneter Jan-Adolf Looden für den Abgeordneten Holger Looden und Abgeordnete Kleinert für den Abgeordneten Siebels an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.12.2017

Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Finanzausschusses am 12.12.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Vierte Beratung des Haushaltsplanes 2018

Zu Beginn der Sitzung wurden die Anlagen 1 bis 7 an die Anwesenden verteilt.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass der Ergebnishaushalt 2018 einschließlich Finanzplanungszeitraum vor Weihnachten an die Fraktionsvorsitzenden und an die Finanzausschussmitglieder verschickt worden sei. Für die Öffentlichkeit sei der Plan heute auch im Internet freigeschaltet worden.

Der Überschuss liege jetzt bei 2.118.400 €. Der Überschuss reduziere sich eventuell noch durch einen Zuschuss an die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden, das Europa-haus Aurich und durch erhöhte Zuschüsse für den Betrieb von Kindertagesstätten an die Städte und Gemeinden.

Auch der Finanzplanungszeitraum von 2019 bis 2021 sei ausgeglichen.

Bei den allgemeinen Deckungsmitteln (Anlagen 3 und 4) sei der Verlustausgleich für die Ubbo-Emmius-Klinik für das Jahr 2018 in Höhe von 8,6 Mio. € eingeplant. Außerdem sei eine Zinsbeihilfe in Höhe von 300.000 € und die Bezuschussung von Stipendien mit 60.000 € eingeplant. Insgesamt ergebe sich somit ein Haushaltsansatz in Höhe von 8.960.000 € für das Krankenhaus. Für die Folgejahre sei ein Verlustausgleich in Höhe von 8 Mio. € vorgesehen.

Abgeordneter Meyerholz war der Meinung, dass der Zinszuschuss in Höhe von 300.000 € an die UEK Vermögensverwaltung nicht mehr erforderlich sei.



Frau Saathoff führte weiter aus, dass die Gewinnausschüttung der Team Telematikzentrum GmbH (TMZ) in Höhe von 240.000 € in diesem und voraussichtlich in den nächsten Jahren entfalle.

Abgeordneter Strömer fragte, warum die Gewinnausschüttung der TMZ entfalle.

Landrat Weber sagte, dass es mit dem schlechten „Windjahr“ zusammenhänge und sicherte eine genaue Information im Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Wie bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 28.11.2017 unter TOP 7 erläutert, hat die Gesellschafterversammlung der Team Telematikzentrum GmbH beschlossen, aufgrund windbedingter Mindererlöse im Haushaltsjahr 2017 keine Gewinnausschüttung an die Gesellschafter vorzunehmen, sondern die Mittel den Rücklagen zuzuführen. Die Erfahrungen der ersten Betriebsjahre haben gezeigt, dass mit Ergebnisschwankungen im Geschäftsfeld „Windenergie“ jederzeit zu rechnen ist. Entsprechend ist mit einer veränderten Risikobewertung und entsprechender wirtschaftlicher Vorsicht dieses Geschäftsfeld zu betreiben. Im Prüfungsbericht 2016 wurde ebenfalls auf die Notwendigkeit einer gestärkten Eigenkapitalstruktur für die Gesellschaft hingewiesen. Die Entscheidung, dass Gewinnanteile vorerst bei der Team Telematikzentrum GmbH verbleiben, wurde von der Gesellschafterversammlung getroffen, um eine finanzielle Sicherheit für die Gesellschaft zu schaffen. Für das Haushaltsjahr 2018 ist aktuell auch keine Gewinnausschüttung vorgesehen. Dieses führt dazu, dass in dem Teilhaushalt Allgemeine Deckungsmittel 240.000 € weniger Erträge eingeplant sind.

Frau Saathoff erläuterte die Entwicklung des Finanzausgleichs und der Kreisumlage gemäß der Anlage 4. Es sei davon auszugehen, dass der Landkreis und die Gemeinden aufgrund der voraussichtlich hohen Steuerverbundabrechnung 2017 in diesem Jahr eine Nachzahlung bei den Schlüsselzuweisungen erhalten würden. Dieses würde zu Veränderungen bei den Erträgen aus der Kreisumlage führen.

Abgeordneter Meyerholz wollte wissen, ob es richtig sei, dass es noch zu einer Änderung der Erträge aus der Kreisumlage kommen könne.

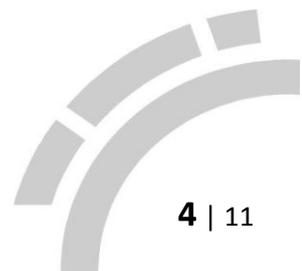
Frau Saathoff erklärte, dass Grundlage für die Berechnung der Kreisumlage 2018 die Steuerkraftzahlen des letzten Quartals 2016 sowie der ersten drei Quartale 2017 seien

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund von Nachfragen, ob die Höhe der Schlüsselzuweisung 2018 oder 2017 Basis für die Berechnung sei wurde die Aussage nochmals überprüft. Die genannte Bemessungsgrundlage Schlüsselzuweisungen „2018“ ist richtig.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass die im Ergebnishaushalt ausgewiesenen vorläufigen Ergebnisse für das Jahr 2016 nicht korrekt seien, weil u.a. die Buchung der Abschreibungen und der Erträge aus der Auflösung der Sonderposten noch ausstehe.

Die Teilergebnishaushalte des Schulzentrums Brookmerland Förderschule Lernen (Kostenstelle 401303), der Förderschule Lernen Krummhörn (Kostenstelle 401306) und der Schule am Meer Norden Förderschule Lernen (Kostenstelle 401309) seien versehentlich noch im Haushaltsplan enthalten und würden im endgültigen Werk entfallen bzw. die Haushaltsansätze würden anderen Teilergebnishaushalten zugeordnet werden.



Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, ob eine Aktualisierung der vom Technischen Gebäudemanagement für die Haushaltsplanung 2015 bis 2018 erstellten Ausarbeitung zu den erforderlichen Investitionen in die kreiseigenen Gebäude geplant sei.

Landrat Weber verwies auf die derzeitigen personellen Engpässe im Technischen Gebäudemanagement und sicherte eine Information im Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Rücksprache mit dem Technischen Gebäudemanagement ist die Fortschreibung der mehrjährigen Planung aufgrund der derzeitigen personellen Engpässe nicht möglich. Die Anpassung wird zu gegebener Zeit erfolgen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel wollte wissen, ob es bezüglich der Nutzung der Räumlichkeiten der ehemaligen Kassenärztlichen Vereinigung für das Gymnasium Ulrichanum bereits neue Erkenntnisse gebe.

Landrat Weber antwortete, dass es bislang keine neuen Erkenntnisse diesbezüglich gebe.

Abgeordneter Strömer fragte nach, ob die neuen Haushaltsansätze für den Neubau der IGS Aurich bereits im Haushaltsplan eingearbeitet seien.

Frau Saathoff teilte mit, dass zurzeit eine Anpassung der Planungen erfolge, um den Kostenrahmen von 16,8 Mio. € einhalten zu können.

Abgeordneter Meyerholz wollte wissen, ob er es richtig verstanden habe, dass die ursprünglich geplanten Kosten für die IGS Aurich nicht eingehalten werden können.

Frau Saathoff machte deutlich, dass nach ihrem Kenntnisstand bei unveränderter Planung der Kostenrahmen nicht eingehalten werden könne und daher Planungsänderungen erforderlich seien.

Frau Saathoff erläuterte die wesentlichen Positionen im Ergebnishaushalt. Im Teilergebnishaushalt des Sozialamtes seien aufgrund der zurückgehenden Anzahl an Flüchtlingen die Erstattungen seitens des Landes rückläufig. In der mittelfristigen Finanzplanung ergebe sich im Sozialamt ein erhöhter Zuschussbedarf (Seite 89 des Ergebnishaushaltes).

Die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Produkt 311-30, Seite 92 des Ergebnishaushaltes) würden steigen. Im Gegenzug würden die Erstattungen über das Quotale System (Produkt 311-70, Seite 96 des Ergebnishaushaltes) steigen.

Das Produkt Hilfe zur Pflege (Produkt 311-20) werde im endgültigen Werk dem neuen Produkt Hilfe zur Pflege 311-80 zugeordnet werden. Hier habe es eine Änderung der Statistik gegeben.

In dem Teilhaushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie würde der Zuschussbedarf von 45 Mio. € in diesem Jahr voraussichtlich insbesondere durch Mehraufwendungen infolge von Personal- und Pflegekostensteigerungen weiterhin jährlich steigen.

Abgeordneter Strömer fragte nach, bis zu welchem Lebensalter der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (sog. UMAs) das Land Niedersachsen die Aufwendungen erstatte (siehe Anlage 8).

Frau Saathoff führte weiter aus, dass bei dem Produkt 365-01 (Tageseinrichtungen für Kinder) im Haushaltsjahr 2018 eine Zuwendung gemäß der Förderrichtlinie QuiK des Landes (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten) für die Kindergärten in Höhe von 954.000 € eingeplant sei. Diese Förderung werde für eine bessere Personalausstattung insbesondere für Integration und Sprachförderung gewährt. Bei den Transferaufwendungen sei die Weiterleitung der Fördermittel an die Gemeinden eingeplant.

In dem Teilhaushalt des Jobcenters sei eine höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft eingeplant.

Im Bereich des Naturschutzes (Produkt 554-01) in dem Teilhaushalt des Amtes für Bauordnung, Planung und Naturschutz seien erhöhte Aufwendungen und Erträge bezüglich der Durchführung von Kartierungsmaßnahmen NATURA2000 eingeplant.

Die Aufwendungen für die Schülerbeförderung (Teilhaushalt Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Produkt 241-01) würden nach bisheriger Planung minimal ansteigen.

Abgeordneter Meyerholz wollte wissen, ob sich die Aufwendungen für die Schülerbeförderung durch die veränderten Schulformen (z.B. IGS Ihlow) verändern würden und ob es hierüber Aufstellungen gebe.

Landrat Weber sagte, dass jede Veränderung der Schulangebote zu einer Kostenveränderung bei der Schülerbeförderung führe.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Rücksprache mit dem Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung ist es durch die sehr unterschiedlichen Fallgestaltungen nicht möglich, die konkreten Auswirkungen einer veränderten Schullandschaft betragsmäßig darzustellen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, wie die Abwicklung der Ersatzgelder für Kompensationsmaßnahmen erfolge.

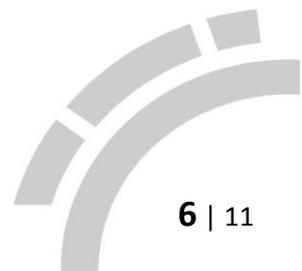
Frau Saathoff teilte mit, dass die nicht zweckentsprechend verwendeten Mittel in der Bilanz als passive Rechnungsabgrenzung ausgewiesen würden. Die investiven Mittel würden als Haushaltsrest übertragen werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel bat darum, den Kreistagsmitgliedern eine aktuelle Übersicht zur Verfügung zu stellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Thematik wurde in der 3. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung am 04.05.2017 unter TOP 13 ausführlich beraten.

Abgeordneter Bargmann wollte wissen, was bei dem Produkt Wohnbauförderung (Seite 144 des Ergebnishaushaltes) gebucht werde.



Anmerkung der Verwaltung:

Das Land Niedersachsen fördert den Wohnungsbau und vergibt über die NBank Bau-darlehen. Die rechtliche Grundlage dafür bilden das Wohnraumförderungsgesetz und die Wohnraumförderungsbestimmungen des Landes Niedersachsen.

Das Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz des Landkreises Aurich berät über Fördermöglichkeiten und hält entsprechende Antragsformulare bereit. Entsprechende Anträge sind über den Landkreis Aurich bei der NBank einzureichen.

Wenn Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert worden sind, benötigt der Mieter beim Einzug einen Wohnberechtigungsschein (WBS). Der WBS berechtigt nur grundsätzlich zum Bezug der Wohnungen, er stellt aber keine "Wohnungszuweisung" dar. Wesentliche Voraussetzung für die Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins ist, dass der Antragsteller und seine Haushaltsangehörigen bestimmte Einkommensgrenzen einhalten und die Wohnungsgröße angemessen ist.

Über die Erteilung von Wohnberechtigungsschein sowie über Ausnahmen von der Belegungsbinding nach dem Wohnungsbindungsgesetz entscheidet der Landkreis Aurich.

Landrat Weber bat darum, falls noch nicht geschehen und soweit erwünscht, die Termine zur Haushaltsberatung mit der Verwaltung abzustimmen.

TOP 7 Antrag des Kreistagsabgeordneten Hans-Gerd Meyerholz auf Senkung der Kreisumlage
Vorlage: IX-AF/2017/043

Abgeordneter Meyerholz erläuterte seinen Antrag auf Senkung der Kreisumlage. Seiner Meinung nach, sei eine Senkung um zwei Punkte durchaus möglich. Für das Haushaltsjahr 2018 könne eine Senkung um ein Prozent erfolgen. In den Folgejahren könne eine weitere Senkung vorgenommen werden. Er bat darum, die Unterlagen, die die Bürgermeister Ende der 90er Jahre zur Verfügung gestellt haben, den Kreistagsabgeordneten auszuhändigen.

Er erinnerte an die Diskussion in den Jahren 2005/2006.

Es müsse berücksichtigt werden, dass die Verlustausgleichszahlungen an die Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH mittlerweile bei über 75 Mio. € betragen würden. Die Gemeinden würden diese Verlustausgleichszahlungen über die Kreisumlage mit bezahlen.

Die seitens des Landkreises gewährten Entschuldungshilfen für die bedürftigen Gemeinden würden ebenfalls alle Gemeinden über die zu zahlende Kreisumlage mittragen.

Abgeordneter Meyerholz bat darum, aktuelle Übersichten ab 2011 zum Schullastenausgleich zur Verfügung zu stellen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel machte deutlich, dass der Kreisumlagehebesatz bei anderen Landkreisen niedriger sei als beim Landkreis Aurich, eine Beteiligung bei der Entschuldung der Gemeinden seitens des Landkreises aber auch erfolge. Wie bereits in den letzten Finanzausschusssitzungen, wies sie erneut darauf hin, dass ihrer Meinung nach, das Amt für Wirtschaftsförderung nicht zwingend erforderlich sei. Die Aufgabebereiche der Schülerbeförderung und der regionalen Raumordnung könnten auch

von anderen Ämtern übernommen werden. Alle anderen Aufgaben dieses Amtes seien freiwillig.

Abgeordneter Strömer stimmte den Ausführungen der Abgeordneten Meyerholz und Jeromin-Oldewurtel zu. Er forderte, die internen Finanzbeziehungen zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden zu überprüfen.

Er rief den Antrag der Freien Wähler vom 03.09.2017 bezüglich des Verlustausgleiches für die Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH in Erinnerung. Der Antrag sei seinerzeit ruhend gestellt worden, weil das Klinikkonzept zum Ende des Jahres abgewartet werden sollte. In dem Antrag sei gefordert worden, zwei Mio. € aus Haushaltsmitteln des Landkreises verbindlich für einzuleitende strukturelle und personalwirtschaftliche Begleitmaßnahmen zu nutzen. Der Antrag würde spätestens in der Kreistagsitzung modifiziert vorgetragen werden.

Abgeordneter Meyer sah keine Möglichkeit zur Senkung des Kreisumlagehebesatzes. Die Reduzierung der Verschuldung des Landkreises müsse weiter vorangetrieben werden. Außerdem seien die Kreisstraßen noch nicht in dem Zustand, wie viele Bürger es sich vielleicht wünschen würden.

Abgeordneter Jelken erklärte, dass er sich in seiner Funktion als Ratsmitglied der Stadt Wiesmoor für eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes aussprechen würde. Als Kreistagsabgeordneter müsse er aber berücksichtigen, dass in dem jetzt vorgelegten Ergebnishaushalt mit dem Überschuss von 2,1 Mio. € bisher noch kein Zuschuss an die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden und das Europahaus Aurich sowie keine erhöhte Kita-Förderung an die Gemeinden enthalten sei.

In der Sitzung des Kreistages am 18.01.2018, in der das Klinikkonzept vorgestellt werde, würden eventuell erforderliche Investitionen in die Klinik angesprochen werden. Außerdem müsse die Ausstattung der Schulen berücksichtigt werden. Bei dem Breitbandausbau werde zum jetzigen Zeitpunkt mit weitaus höheren Investitionskosten gerechnet. Die Entwicklung der Konjunktur müsse ebenfalls im Blick behalten werden.

Er sprach sich aus diesen Gründen dafür aus, zunächst die weitere finanzielle Entwicklung abzuwarten und keine Senkung des Kreisumlagehebesatzes vorzunehmen. Der interne Finanzausgleich zwischen dem Landkreis und den Gemeinden müsse überdacht werden.

Abgeordneter Strömer bat darum, endlich mit den Überlegungen zum internen Finanzausgleich zwischen dem Landkreis und den Gemeinden anzufangen.

Abgeordneter Looden sprach sich für eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes aus. Er halte auch zukünftig die Zahlung eines Zuschusses für das Europahaus nicht für erforderlich.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel verwies auf die Haushaltsgenehmigung vom 13.07.2017. Das Nds. Innenministerium habe darauf hingewiesen, dass die Verschuldung des Landkreises hoch sei.

Abgeordneter Constant sagte, dass eine Senkung der Kreisumlage wünschenswert sei. In der Presse seien von den Bürgermeistern Forderungen zu einer Senkung zu lesen. Nachdem die HVB-Konferenzen beim Landkreis stattgefunden hätten, könne man keine Stimmen für eine Senkung mehr vernehmen.



Bezüglich der Verlustausgleiche der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH kündigte er einen Antrag der AKSB-Gruppe für die Kreistagsitzung an.

Abgeordnete Harms machte deutlich, dass die Kita-Vereinbarung mit den Gemeinden noch ausstehe. Mit dieser Vereinbarung würde den Gemeinden mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Wenn die Gemeinden finanzielle Mittel benötigen, könnten die Gemeinden entsprechende Anträge stellen.

Landrat Weber informierte, dass diesbezüglich kein Antrag der Gemeinden vorliege.

Frau Saathoff erinnerte an die Diskussion zur Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um zwei Prozentpunkte bei Übernahme der Sozialämter der Gemeinden. Tatsächlich sei die Erhöhung nur um 0,5 Prozentpunkte vorgenommen worden. Mit der Übernahme der Sozialämter trage der Landkreis die Personalaufwendungen. Die finanzielle Unterstützung bezüglich der Entschuldung der Gemeinde Ihlow (damaliger Strukturfonds) sei beispielsweise im Einvernehmen mit allen Gemeinden erfolgt.

Gemäß der aktuell gültigen Kitavereinbarung würden den Gemeinden kurzfristig Mittel in Höhe von 1,15 Mio. € aus Mitteln des Haushaltsjahres 2016 überwiesen werden. Die Verhandlungen bezüglich der neuen Kita-Vereinbarung seien noch nicht abgeschlossen.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass die investive Verschuldung des Landkreises zum 31.12.2017 rund 149 Mio. € betrage.

TOP 8 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Beteiligung der Städte an den Verhandlungen bezüglich der Zuschüsse für den Betrieb der Kindertagesstätten

Abgeordneter Meyerholz wies darauf hin, dass er in der Sitzung des Finanzausschusses am 12.12.2017 moniert habe, dass die Städte Aurich, Norden und Norderney nicht an den Verhandlungen bezüglich der Zuschüsse für den Betrieb der Kindertagesstätten beteiligt worden seien.

Landrat Weber sagte, dass Herr Heinze von der Stadt Aurich ihn bereits angeschrieben habe. Er habe das Anliegen an die Bürgermeister des Städte- und Gemeindebundes weitergegeben.

Schullastenausgleich

Abgeordneter Meyerholz bat bezüglich des Schullastenausgleichs um Information, welche Pflichtaufgaben der Landkreis habe.

Frau Saathoff informierte, dass nach Rücksprache mit der Schulamtsleiterin Frau Eiben der Landkreis seinen Verpflichtungen bezüglich des Schullastenausgleichs nachkomme. Der Betrieb der Kindertagesstätten sei Aufgabe des Landkreises, diese Aufgabe sei im Einvernehmen mit den kreisangehörigen Kommunen an diese übertragen worden.



Sitzungsplanung

Landrat Weber teilte mit, dass die Kreistagssitzung bezüglich der Vorstellung des Klinikkonzeptes vom 15. bzw. 22.01.2018 auf den 18.01.2018 verlegt worden sei. An diesem Tag finde eine gemeinsame Sitzung mit dem Rat der Stadt Emden statt.

Abgeordneter Looden wollte wissen, wann die Tagesordnungspunkte, die zur Beratung für den Kreistag am 15. bzw. 22.01.2018 vorgesehen seien, beraten werden.

Landrat Weber antwortete, dass die Punkte evtl. am 30.01.2018 beraten werden. Es erfolge eine Abstimmung mit dem Kreistagsbüro.

Haushaltsberatung

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte nach, ob der Vorbericht zum Haushaltsplan vor der Kreistagssitzung am 30.01.2018 vorgelegt werde. Es sei wünschenswert, den Vorbericht vor der Sitzung vorliegen zu haben, um u.a. auch Informationen zu den Produkten und Zielen zu haben.

Außerdem sei es wünschenswert, wenn die Fraktionen die Anträge zum Haushaltsplan bereits zur Sitzung des Finanzausschusses am 22.01.2018 vorlegen würden.

Sie schlug für die Zukunft einen Doppelhaushalt vor.

Abgeordneter Meyerholz wünschte sich ebenfalls, dass der Vorbericht vor der Kreistagssitzung vorliege. Der Vorbericht des Landkreises Friesland enthalte verständlichere Übersichten.

Frau Saathoff informierte, dass der Vorbericht zurzeit noch nicht fertig sei. Es sei eine Beteiligung der Ämter erforderlich. Sie werde versuchen, den Vorbericht vor der Kreistagssitzung fertig zu stellen.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass die nächste Sitzung des Finanzausschusses am 22.01.2018 um 15 oder 16.00 Uhr stattfinde. In der Einladung werde die genaue Uhrzeit mitgeteilt.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Sitzung des Finanzausschusses wurde auf Dienstag, den 30.01.2018, 15.00 Uhr, verschoben.

Abgeordneter Gossel sagte, dass es sinnvoll sei, die Anträge zum Haushaltsplan bis zu dieser Sitzung vorliegen zu haben.

TOP 10 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.50 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin

